Nummer 191 — Halle, Donnerstag, den 16. August 1923 — 58. Jahrgang
Einzelpreis: 10 000 Mark

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten ❖ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der im Voraus zu entrichtende Bezugspreis ist freibleibend. Die Anzeigen werden nach Millimetern berechnet; die Preise hierfür sind freibleibend. Schluß der Anzeigen-Annahme: Zehn Uhr vormittags. Bezugskündigungen sind stets nur bis zum 20. jeden Monats zum Schluß des laufenden Monats zulässig.

Verlagshaus: Neue Promenade 1a und Große Brauhausstraße 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431. Die Zentrale verbindet mit allen Abteilungen. Stadt-Geschäftsstelle: Markt 24. Draht-Anschrift: „Saalezeitung Hallesaale". Bank-Rechnung: Bankhaus Reinhold Stecker, Halle a. S. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22315. Erfüllungsort u. Gerichtsstand: Halle a. S.

WOLL-WEINREB HALLE a/S.

Umschwung in der Politik Poincarés?

Ein geschickter Versuchsballon.

Ein Vorschlag zur Lösung der Reparationsfrage.

Paris, 16. August. (Eigene Drahtmeldung.) Einige Morgenblätter glauben verkünden zu können, daß Poincaré unter dem Eindruck der deutschen Regierungsumbildung einen entscheidenden Umschwung in der französischen Ruhrpolitik eintreten lassen könnte, der zugleich eine Verständigung mit England herbeiführen würde. „Oeuvre" erwähnt dieses aufsehenerregende Gerücht in folgender Form:

Nach gewissen Informationen würde die französische Regierung sich zur sofortigen Räumung des Ruhrgebietes bereit erklären, falls nach der Einigung über die Gesamtregelung irgendeine verbündete Macht die Bürgschaft für die französischen Forderungen an Deutschland übernehme. Wenn man in Paris wirklich an eine derartige Formel denke, solle man dies sehr schnell und sehr laut sagen.

Der außenpolitische Mitarbeiter des „Gaulois", der zu den von Poincaré persönlich informierten Pressevertretern gehört, verbreitet die gleiche Information in etwas anderer Form. Er führt aus, Frankreich würde bereit sein, das Ruhrgebiet schon vor der Eintreibung der deutschen Schulden zu räumen, falls ihm vertrauenswürdige Sicherheiten für die Zahlungen geboten würden. Wenn die alliierten und neutralen Staaten der Ansicht seien, daß die Befreiung des Ruhrgebietes für ihre wirtschaftlichen Interessen unerläßlich sei, so sollten sie sich zu einer solchen **solidarischen Garantie der französischen Forderungen** bereit halten. Den betreffenden alliierten und neutralen Staaten müßte der **deutsche Nationalreichtum als Pfand** dienen. Es ist zur Stunde nicht möglich, festzustellen, aus welcher Quelle diese Informationen stammen. Es wird hier ferner von der Möglichkeit gesprochen, daß Frankreich unter Umständen der Betrauung des Völkerbundes mit der endgültigen Regelung der Reparationen zustimmen könnte.

*

Gewiß, Frankreich sitzt arg im Druck, England wird täglich ungeduldiger, die Ausbeutung des Ruhrgebiets ist, wie im Leitartikel dargelegt wird, undurchführbar, die französische Wirtschaft ächzt und stöhnt und auch das französische Volk bekommt langsam das ewige Kriegführen satt. Poincaré dürfte sicherlich nach Ausmegen suchen, die ihm ein einigermaßen glimpfliches Ende der Ruhraktion garantieren. Daß vielleicht mal die Endlösung die Form erhält, daß andere Staaten in ihrem eigenen Interesse für Deutschland bürgen, ist auch nicht unmöglich. Aber trotz allem: Noch ist die Zeit nicht gekommen, um Hoffnungen neu aufzupflanzen, die England eben erst zunichte gemacht hat. Ganz gleich von wem die Meldung ausgeht, sie ist ein geschickter Versuchsballon, deren man jetzt täglich in Paris und in gewissen Berliner Kreisen eine ganze Anzahl aufliegen läßt. Nicht anders, höchstens vielleicht noch als geschicktes Börsenmanöver, darf man die „Sensation" vom „Umschwung in der Poincaréschen Politik" werten. Der Sonntag mit der üblichen Poincaréschen Denkmalsrede, in der auch, wie berichtet wird, eine Antwort an Stresemann erteilt werden soll, wird Aufschluß bringen, was von den Kombinationen zu halten ist.

* * *

Aufgedeckte Karten.

Der von Frankreich abgelehnte Antwortentwurf Englands.

Paris, 16. August. (Eig. Drahtmeldung.) Das französische Gelbbuch enthält den Antwortentwurf auf die deutschen Vorschläge vom 7. Juni, den Lord Curzon an Frankreich und Belgien vorgeschlagen hatte, sowie den Manelbrief, der diesen Antwortentwurf begleitete. Diese beiden Dokumente, die auch im englischen Blaubuch erscheinen werden, sind bisher unveröffentlicht. Dieser Antwortentwurf auf die deutschen Vorschläge erklärt im besonderen, daß die Alliierten Regierungen bereit wären, die deutsche Zahlungsfähigkeit neu prüfen zu lassen. Dies hätte den Vorteil, die deutsche Forderung nach Herabsetzung des Londoner Zahlungsplanes einer Probe auf die Tatsachen zu unterziehen. Gleichzeitig würde dadurch Deutschland alle Entschuldigungsmöglichkeit für zukünftige Verfehlungen genommen. Was die Garantien anbelange, erklärt der Antwortentwurf, daß die deutschen Vorschläge dieses zu wenig von gewissen Faktoren abhängig gemacht hätten, wie z. B. von der Stabilisierung der Mark und der Ordnung des Staatshaushaltes. Die Prüfung der Garantien unter diesen Gesichtspunkten würde eine der hauptsächlichsten Fragen bei der Behandlung der Forderung nach Festsetzung der deutschen Zahlungsfähigkeit sein. Die Garantien seien aber nur dann als genügend zu betrachten, wenn in irgendeiner Form eine internationale Kontrolle der deutschen Finanzen eingesetzt würde. Von der Annahme dieser Bedingungen durch die deutsche Regierung würde die Lösung der Reparationsfrage abhängen. Was den Wunsch der deutschen Regierung anlange, sich persönlich anhören zu lassen, erklärt der Antwortentwurf, daß der Versailler Vertrag Deutschland das Recht gegeben habe, sich von der Reparationskommission anhören zu lassen. Der interessanteste Teil des Antwortentwurfes ist derjenige, der sich auf den passiven Widerstand bezieht. Es heißt darin:

Wenn die deutsche Regierung wünscht, daß eine Untersuchung über die deutsche Zahlungsfähigkeit unternommen wird, so wird sie klug daran tun, ohne Verzug alle Verordnungen zurückzuziehen, wodurch der passive Widerstand organisiert wurde, und die Gewalttätigkeiten und Sabotageakte zu mißbilligen. Diese Handlung der deutschen Regierung wäre nicht nur ein Beweis ihres guten Willens, sondern sie würde auch die Besatzungsmächte dazu führen, nach und nach wieder normale wirtschaftliche Verhältnisse an der Ruhr herzustellen.

Der Manelbrief enthält positivere Vorschläge. Es wird darauf hingewiesen, daß die Ruhrbesetzung die erhoffte Wirkung nicht gehabt habe. Es werde nichts an der Tatsache geändert, daß Reparationszahlungen von Deutschland nicht zu erwarten seien, solange sein industriereichstes Gebiet unter militärischer Herrschaft steht.

Die englische Regierung sei bereit, sich den Besatzungsmächten anzuschließen, um einen Druck auf die deutsche Regierung zur Einstellung ihres passiven Widerstandes auszuüben, dies aber nur unter der Bedingung, daß eine neue Untersuchung über die deutsche Zahlungsfähigkeit angestellt würde und daß ihr die Vorschläge über die Aenderung des Besatzungsstatutes unterbreitet werden.

Es müsse zugegeben werden, daß die deutsche Reparationsschuld, wie sie im Mai 1921 in London festgesetzt wurde, nicht mehr der jetzigen Lage entspreche. Es sei im Interesse der Alliierten, daß eine Zahl festgesetzt werde, die von Deutschland als gerecht und durchführbar angesehen werde. Deutschland könne vielleicht zu einer vorzeitigen Kapitulation gezwungen werden, aber das würde weder Zahlungen noch Sicherheiten bringen.

*

Neu ist eigentlich nur der Umstand, daß das von England vorgeschlagene Kuhhandelsgeschäft einer Antwort an Deutschland sich auf der Grundlage bewegen sollte: England ist für die Forderung auf Einstellung des passiven Widerstandes, falls Frankreich der Einsetzung einer Sachverständigenkommission zustimmt. Das wäre natürlich eine für Deutschland unannehmbare Lösung, ebenso wie die Garantieforderung einer Finanzkontrolle durch die Entente. Die Gründe dafür sind so oft auseinandergesetzt, daß wir uns die Wiederholung sparen können. Die Veröffentlichung des Notenwechsels mag zur Klärung beitragen. Das ist aber das einzige. Beschleunigt wird der Lauf der Dinge dadurch nicht. Wir müssen abwarten, Nerven behalten und auf unserem Recht beharren, bis England oder ein anderes Land, eingeschlossen Frankreich und Belgien, die Nase so gründlich voll vom Poincaréschen Ruhrabenteuer haben, daß sie sich zu einer für Deutschland annehmbaren Lösung entschließen und den Mut finden, sie auch gegen Poincaré durchzudrücken.

Streik- und Teuerungskrawalle an der Ruhr.

Eine Mahnung der Bergarbeiterverbände zur Arbeit.

Essen, 16. August. **(Eig. Drahtmeldung.) Die Bergarbeiterverbände des Ruhrgebietes verurteilen in einem Aufruf aufs schärfste die Hetze der Kommunisten zu Streiks und passiver Resistenz gegenüber den eigenen Werken.**

Herne, 16. August. (Eig. Drahtmeldung.) Die Lage in Herne war seit einigen Tagen schon gespannt. Gestern ist es nunmehr zu Ausschreitungen gekommen. Arbeitslose, verstärkt durch ortsfremde Elemente, versuchten die Bevölkerung durch den Mangel an Zahlungsmitteln und die große Teuerung aufzuputschen. Gestern kam es auf der Bahnhofstraße zu organisierten starken Ansammlungen. Gegen 4 Uhr wurde das Konfektionshaus Fischer von der Menge besetzt und zunächst gezwungen, zu ermäßigten Preisen zu verkaufen. Da der Tumult immer stärker wurde, konnte das Personal die Massen nicht mehr halten, und es kam zu einer planmäßigen Ausplünderung der gesamten Warenvorräte. Diese wurden durch die zertrümmerten Fensterscheiben auf die Straße geworfen und von dem Mob an sich genommen. Gleichzeitig setzte ein Sturm auf die Lebensmittelgeschäfte ein, von denen ein großer Teil ausgeplündert wurde.

Gelsenkirchen, 16. August. (Eigene Drahtmeldung.) In Datteln kam es gestern zu schweren Ausschreitungen. Etwa 5000 bis 6000 kommunistische Elemente bedrohten den Amtsbeigeordneten Wille, dem ein Margarinefaß über den Kopf gestülpt wurde. Desgleichen wurden die zur Entsetzung des Amtshauses herbeigeeilten Polizeibeamten, die auf Zusicherung freien Geleites ihre Waffen abgegeben hatten, mit Knüppeln schwer mißhandelt. Acht Beamte mußten schwer verletzt ins Krankenhaus eingeliefert werden. Verstärkungen aus Recklinghausen wurden gleichfalls von der Menge angegriffen. Sie hatten drei Verletzte. Auf seiten der Ruhestörer wurden, soweit bis jetzt bekannt, fünf Mann verletzt.

Die Teuerungsziffer: Steigerung um 192,2 v. H.

Berlin, 16. August. (Eig. Drahtmeldung.) Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten stellt sich nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamtes für den 13. August auf das 436 935fache der Vorkriegszeit. Die Steigerung gegenüber der Vorwoche (149 531) beträgt somit 192,2 v. H.

Dr. Höfle Reichspostminister?

Berlin, 16. August. Wie das „Berliner Tageblatt" mitteilt, dürfte der Abgeordnete Dr. Höfle zum Reichspostminister ernannt werden.

Das Koksexperiment.

Von unserem Sonderberichterstatter im Ruhrgebiet.

Mitte Juni war das Höchstmaß der Abfuhrziffer für Kohlen und Koks erreicht; seit dieser Zeit ist eine dauernde Verminderung der Abfuhrziffer zu verzeichnen, die zuerst langsamer, allmählich aber immer schneller wurde. Seit Ende Juli, d. h. seit dem Zeitpunkt, zu dem die besonders großen Lagervorräte der im Herzen des Ruhrreviers liegenden Zechen erschöpft waren, sank die Brennstoffabfuhr-Ziffer noch schneller. Frankreich war diese Entwicklung besonders deshalb sehr unangenehm, weil in der Hauptsache Hüttenkoks betroffen wurde, der für Frankreich eine wichtigere Rolle spielt als die Kohle. Eine Zeit lang versuchten die Franzosen durch Besetzung der großen Hüttenwerke und durch Abtransport des dort lagernden Koks den Zeitpunkt des völligen Erliegens der Brennstoffabfuhr hinaus zu schieben, sie mußten jedoch bald einsehen, daß auch dieses Mittel nur von kurzer Dauer sein konnte. Sie griffen deshalb zu neuen Maßnahmen.

Sie bestehen hauptsächlich in der Ankündigung, daß Frankreich den Betrieb von Zechenkokereien selbst in die Hand nehmen will. Bezeichnenderweise waren diese Ankündigungen gerichtet sowohl an die Direktionen als auch an die Betriebsräte der Zechen. Verbunden waren sie mit der Androhung, daß die Verweigerung der Lieferung von Dampf, Strom usw. die Hinzuziehung einer größeren Arbeiterzahl zur Folge haben würde und daß dadurch sich die Inanspruchnahme von Bergarbeiterwohnungen vermehre. Wesentlich war auch in den Ankündigungen der Hinweis darauf, daß jede Sabotage mit schwersten Strafen, sogar mit dem Tode bestraft würde. Die neue Maßnahme ist im Grunde genommen nichts anderes als ein Zugeständnis des bisherigen unbefriedigenden Ergebnisses der Ruhraktion und ein Ausdruck des Wunsches, die unproduktive Ausbeutung des Ruhrreviers zu einer produktiven zu gestalten. Außerdem bedeutet sie den Beginn einer wirtschaftlichen Angliederung des besetzten Gebietes an Frankreich. Schließlich ist sie noch gleichbedeutend mit der Einführung eines staatlichen Kommunismus schlimmster Art, der besonders die heimlichen Hoffnungen der Kommunisten des besetzten Gebietes und des russischen Kommunismus erwecken wird.

Bisher haben die Bergarbeiter geschlossen die Forderung abgelehnt, unter Leitung der Franzosen den Kokereibetrieb weiterzuführen. Es ist damit zu rechnen, daß auch in Zukunft eine ins Gewicht fallende Zahl Bergarbeiter zu dieser Arbeit sich nicht hergeben wird. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, namentlich die christlich-nationalen, werden es sicherlich nicht tun. Von den Kommunisten ist es auch nicht anzunehmen, da schon seit Wochen, einer Parole Moskau gehorchend, die Kommunisten des besetzten Gebietes eine scharf französenfeindliche Haltung angenommen haben. Gefahren drohen höchstens von den Polen; besonders gefährdet ist die Gegend von Buer-Recklinghausen, in der die Polen stark vertreten sind. Die gefährdeten Zechen bilden jedoch nur einen verhältnismäßig kleinen Prozentsatz des gesamten Bergbaues. Aber auch die von hier möglichen Gefahren werden nicht allzu groß sein; denn die Polen sind nur Handarbeiter, mit der Handhabung der komplizierten technischen und maschinellen Apparate und geschweige mit der Betriebsleitung sind sie in keiner Weise vertraut. Beamte und Maschinisten werden sich aber, von verschwindenden Ausnahmen abgesehen, niemals in die Dienste der Franzosen begeben; schon an diesem Umstand werden auf allen Schachtanlagen die Bemühungen scheitern, mit deutscher Hilfe zu französischem Nutzen die Kokereien weiter zu betreiben.

Die Franzosen selbst scheinen sich keine großen Hoffnungen zu machen. Vor allem sind sie sich darüber klar, daß die Inbetriebsetzung von deutschen Kokereien (diese ist für Frankreich deshalb so besonders schwierig, weil die deutschen Koksofensysteme ganz andere sind als die französischen und belgischen und weil die schon seit langer Zeit erloschenen Koksöfen der Wiederinbetriebnahme große Schwierigkeiten bereiten) abhängig ist von der Gewinnung der entsprechenden und der genügenden Menge Kohlen. Die Betriebsführung der Kokereien setzt also die Betriebsführung der Zechen voraus. Daß die Franzosen diese in eigene Regie übernehmen können, ist so gut wie ausgeschlossen. Ganz abgesehen von der Handhabung des schwierigen technischen Apparates, der ein ganz anderer ist, als in Frankreich, stehen den Franzosen die erforderlichen Arbeitermengen in keiner Weise zur Verfügung. Vor Beginn der Ruhraktion waren im Ruhrbergbau ungefähr 450 000 Personen beschäftigt. Da die Franzosen wegen der großen ihnen entstehenden Schwierigkeiten zwei bis drei eigene Arbeiter da beschäftigen müssen, wo bisher ein Deutscher arbeitete, ergeben sich ganz ungeheure Zahlen, wenn sie die frühere Produktion erreichen wollen. Aber auch selbst, wenn sie diesen Ehrgeiz nicht haben, bildet das Arbeiter-Beschäftigungs-Problem für sie eine fast unlösliche Aufgabe. In Deutschland finden sie nicht genügend Arbeiter. Falls sie diese aus Frankreich oder anderen Staaten nehmen wollen, vorausgesetzt, daß sie genügend qualifizierte Kräfte finden, würde die unmittelbare Folge eines solchen Vorgehens sein ein entsprechender Rückgang der Förderung in den Bergbaubezirken, die Bergarbeiter in das Ruhrgebiet abgegeben haben. Die Förderung im

Heute

am 16. August, liegt unserer Zeitung eine Zahlkarte zur Benutzung für die Einzahlung des Bezugspreises für die II. Hälfte des Monats August bei, und zwar für diejenigen Abonnenten, denen die Zeitung direkt vom Verlage überwiesen durch die Post zugeht. Wir bitten diejenigen Postbezieher unserer Zeitung, bei denen der Briefträger nicht von sich aus kassiert, unter Zuhilfenahme der beiliegenden Zahlkarte den Abonnementsbetrag bis spätestens zum 22. August an uns abzuführen. Durch die Benutzung der Zahlkarte ersparen unsere Leser die teueren Portospesen, die entstehen würden, wenn wir den Bezugspreis durch Postnachnahme einziehen müssten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19230816011/fragment/page=0001

Ruhrrevier wäre also erkauft mit einem Rückgang der Förderung in anderen Bezirken.

Daß die Franzosen mit diesen Schwierigkeiten rechnen, ist auch daraus zu entnehmen, daß sie bis jetzt nur einige wenige Schachtanlagen und Kokereien in eigenen Betrieb genommen haben (gegenüber übertriebenen Pressemeldungen sei hier festgestellt, daß es sich im ganzen bisher nur um 4 Zechen handelt) und daß sie sich Zechen mit verschiedenem Kokseinsatzstoffen ausuchen, von denen sie das für sie bequemste wahrscheinlich ausprobieren wollen. Auch läßt darauf schließen, daß die Franzosen seit einiger Zeit die lange von ihnen systematisch vernachlässigte Kokserzeugung im eigenen Lande wieder intensiver betreiben; sie scheinen sich darauf einzustellen, daß die künftigen Kokslieferungen aus dem Ruhrbezirk nicht mehr so hoch sein werden, wie bisher; denn sonst wäre die eifrige Bautätigkeit auf den Zechen des Gebietes von Lens und Aniche nicht zu erklären.

Wertbeständige Gebühren.

900prozentige Erhöhung vom 20 August ab.

Berlin, 15. August. Am 20. August werden die Personen- und Gepäcktarife der Reichsbahn um 900 Prozent, die Güter- und Tiertarife um rund 2000 Prozent gegenüber dem Stande der Tarife vom 1. August erhöht. Die wertbeständigen Tarife (Indextarif) werden im Personenverkehr zum 1. September eingeführt; im Güterverkehr jedoch am 20. August. Die Schlüsselzahl für den Güterverkehr ist auf 1 200 000 festgesetzt worden.

*

Der Reichstagsausschuß für Post- und Telegraphenwesen beschäftigte sich mit einer grundlegenden Aenderung der Gebührenfrage. In Zukunft sollen die Gebühren im Post-, Postscheck- und Telegraphenverkehr aus bestimmten Grundbeträgen berechnet werden, die mit einer wachsenden Schlüsselzahl vervielfacht werden. Die Grundlage für die Ermittlung der Schlüsselzahl soll zunächst die jeweilige Regelung der Bezüge des Personals im Vergleich zum 1. Juli 1914 bilden. An deren Stelle soll, sobald von der Reichsregierung eine allgemein gültige Meßzahl (Reichsindexziffer) eingeführt wird, diese Zahl treten. Die Schlüsselzahl und die einzelnen Gebühren sollen so abgerundet werden, daß sich verkehrsfördernde und dem Gebührenaufbau entsprechende Ziffern ergeben. An der Regel sollen neue Tarifsteigerungen nur zum 1. od. 16. eines Monats in Kraft treten. Von der Reichsregierung wurde hierzu erklärt, in neuerer Zeit vollziehe sich die Wertminderung der Mark in ursprünglicher Aufeinanderfolgung und in viel größerer Maße. Ihre Wirkung auf die Sach- und Personalkosten der Postverwaltung bringe den Postbaushalt geradezu ins Wanken.

Der Fehlbetrag im Posthaushalt sei bis Ende Juli nach Berücksichtigung der am 1. Juli und 17. Juli eingetretenen Besoldungserhöhungen und der gleichzeitigen Steigerung der Sachkosten auf etwa 30 Billionen Mark angewachsen. Infolge des fortschreitenden Verfalls unserer Mark würden weitere nach Billionen zählende Mehrausgaben für persönliche und sachliche Zwecke der Post in naher Aussicht.

*

Unter diesen Umständen sei es für die Postverwaltung ein zwingendes Erfordernis der Selbsterhaltung, für die Einbringung der Gebührenreinnahme ein Verfahren einzuführen, das rechtzeitig eine angemessene Anpassung der Gebühren an den Geldwert und an die tatsächlichen Betriebskosten ermöglicht. Der Ausschuß genehmigte die neue Regierungsvorlage. Die festen Grundzahlen für die Postgebühren knüpfen im allgemeinen an die Sätze der wertbeständigen Friedenszeit an. Beispielsweise erhält sich für die Postkarte des Ortsverkehrs die Grundzahl 0,02 M., für die Postkarte des Fernverkehrs 0,04 M., also nicht ganz die Höhe der Friedensgebühr. Dagegen würde für den einfachen Fernbrief von der Friedensgebühr von 10 M. ausgegangen. Das neue Gesetz tritt an dem auf die Verkündung folgenden Tage in Kraft. Die zu dieser Zeit geltenden Gebühren bleiben bis zum Inkrafttreten neuer Gebühren in Wirksamkeit.

* * *

Auch wertbeständiges Geld?

Berlin, 16. August. (Eigene Drahtmeldung.) Wie wir hören, trägt sich die Reichsregierung mit der Absicht, über die Schaffung der wertbeständigen Anleihe hinaus dem Gedanken des wertbeständigen Geldes konkretere Formen zu geben. Am Mittwoch haben hierüber Besprechungen mit Vertretern stattgefunden. Zunächst ist eine freiwillige, nicht eine gesetzgeberische Aktion geplant. Bei diesem Plane handelt es sich darum, den Sachwerte, der durch die Produktion der Landwirtschaft und der Industrie (Kali, Kohle, chemische Industrie usw.) gegeben ist, für die Sicherung und Deckung eines neuen wertbeständigen Zahlungsmittels als Garantie nutzbar zu machen.

Die Landwirte beim Reichskanzler.

Berlin, 16. August. (Eigene Drahtmeldung.) Der Reichskanzler empfing gestern das Präsidium des Reichslandbundes. Die Vertreter legten dar, daß der Landwirtschaft die Voraussetzungen zur Erfüllung ihrer Aufgaben für die Volksernährung erhalten bleiben müßten. Als wichtigste Forderung des Augenblicks bezeichneten die Landwirte die Wiederherstellung der Ordnung und Sicherheit auf dem Lande. Gleichzeitig wiesen sie auf die schweren Gefahren hin, die mit Streiks während der Ernte- und Bestellungszeit verbunden sind. — Der Reichsinnenminister würdigte in vollem Maße diese Schwierigkeiten, bezog sich wegen der Streikfrage auf die Erklärungen in der gestrigen Rede des Reichskanzlers, in der gegen die Veranlasser solcher Streiks scharfe Stellung genommen ist, und sagte Hilfe des Reiches zegen die Plünderer zu. Die Vertreter der Landwirtschaft machten dann weiter auf die zwingende Notwendigkeit aufmerksam, dem Landwirt, der seine Haupterzeugnisse nur einmal im Jahre umschlägt, die Möglichkeit der Erhaltung der Wertbeständigkeit des eingehenden Geldes zu verschaffen, um die landwirtschaftlichen Betriebe in voller Höhe zur Sicherung der Ernährung der Bevölkerung weiterzuführen. Zu diesem Punkte legte der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft die durchaus zustimmende Stellungnahme der Reichsregierung dar, wobei er besonders die Möglichkeiten hervorhob, die durch die neue Goldanleihe sowohl den einzelnen Landwirten wie den landwirtschaftlichen Genossenschaften und anderen Organisationen gegeben sind. Zusammenfassend betonte der Reichskanzler, daß die Reichsregierung wie mit jedem anderen Berufsstand so besonders auch mit der Landwirtschaft enge Zusammenarbeit pflegen wolle, und stellte unter Zustimmung der Vertreter des Landbundes fest, daß auch die Landwirtschaft alles tun müsse, was in ihrer Kraft liegt, um durch die jetzige schwere Zeit hindurchzukommen.

Kleinarbeit im Reichstag.

Der Reichstag vertagt.

Vizepräsident Dr. Bell eröffnet die Sitzung. Ein Antrag aller Parteien auf Erhöhung der Zulagen in der Unfallversicherung wird ohne Aussprache angenommen. Auf der Tagesordnung steht dann der Entwurf eines Post-, Postscheck- und Telegraphen-Gebührengesetzes und eines Fernsprechgebührengesetzes. Danach sollen von jetzt an die Gebühren nach Grundbeträgen durch Vervielfachung mit einer Schlüsselzahl berechnet werden. Es sollen also wertbeständige Gebühren erreicht werden. Die Grundlage für die Ermittlung der Schlüsselzahl bildet die jeweilige Regelung der Bezüge des Personals oder, sobald eine allgemeingültige Meßzahl, also eine Reichsindexziffer, festgesetzt wird, diese Zahl. Die Schlüsselzahl und die einzelnen Gebühren sind zweckmäßig abzurunden. Aenderungen der Grundbeträge können vom Reichspostminister mit Zustimmung des Reichsrats, und, wie auf Antrag von Dr. Cremer (D. Vpt.) beschlossen wird, eines aus 28 Mitgliedern bestehenden Ausschusses des Reichstages vorgenommen werden. Das Gesetz wird in zweiter und dritter Lesung angenommen. Abg. Herz (Soz.) legt eine Entschließung der Regierungsparteien vor, welche die Regierung ersucht,

durch Belastung der Vermögenswerte der Wirtschaft und durch den Uebergang zu einer wertbeständigen Währung eine Sanierung der Reichsfinanzen und eine Stärkung des Reichskredits in die Wege zu leiten.

Abg. Dr. Helfferich (Dn.) beantragt, hinter die Worte „wertbeständigen Währung" zu setzen, „unter Mitwirkung der wirtschaftlichen Berufsstände und auf der Grundlage der Vermögenswerte der Wirtschaft". Reichsfinanzminister Dr. Hilferding erklärt, daß die Reichsregierung die gemachten Vorschläge genau prüfen und auch die engeren Berufsstände heranziehen werde. Abg. Dr. Helfferich (Dn.) erwiderte, daß Mitberatung der Berufsstände nicht genüge, sie müßten auch mittaten. Unter Ablehnung des Antrags Dr. Helfferich wird darauf die Entschließung der Regierungsparteien angenommen. Abg. Dr. Herzfeld (Komm.) begründet dann einen Antrag, der die Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten vom 10. August fordert. Durch die Verordnung wäre den Arbeitern eine der wichtigsten Waffen, die Presse, genommen. Reichsminister des Innern Sollmann erklärt, daß sich die Verordnung nicht allein gegen die Arbeiterklasse richte oder gegen das freie Wort. Selbstverständlich habe das Volk das Recht, seine

Willensäußerungen in derber und kräftiger Sprache

von sich zu geben. (Zuruf bei den Kommunisten: Trotzdem wird die „Rote Fahne" verboten!) Meine erste Amtshandlung ist gewesen, eine Zeitung — nicht zu verbieten! (Heiterkeit.) Der Minister gibt einige Zitate aus der kommunistischen Presse zusammenhebt der Roten Fahne. Die neue Regierung werde von der „Roten Fahne" begrüßt, jetzt gelte es, dieser neuen Regierung kapitalistischer Hungerpolitik durch Anwendung des Generalstreiks im äußersten Kampf entgegenzutreten. In einer anderen Nummer heißt es: „Wir sind der Meinung, daß das Hohe Haus die Schwarzrot im schwarzen Rock nicht mehr lange hält, sondern daß es möglich bald die Männer in der Arbeitskluft sehen soll, um dort einen Sowjet einzurichten." Noch unverantwortlicher sei die Tonart der äußersten Rechtspresse. Anläßlich des Verfassungstages schreibe das „Deutsche Tagebblatt", die Gründer der Weimarer Verfassung hätten von vornherein die Absicht gehabt, den sozialistischen Zuchthausstaat wieder einzuführen. An anderer Stelle heißt es, daß die deutsche Republik durch Meineid und Hochverrat zustande gekommen sei. Das sei ein zu gefährlicher Mißbrauch der freien Meinungsäußerung.

Eine bedrohliche Entwicklung sei es, wenn in gewissen Landesteilen südwestlicher Massen auf das Land gezogen seien, um dort aus eigener Machtvollkommenheit sich Teile der Ernte anzueignen. (Hört, hört! rechts. Lärm bei den Kommunisten.) **Wenn die Kommunisten nicht ihren ganzen Einfluß zur Beruhigung der Massen geltend machten, müsse die Staatsgewalt noch schärfer eingreifen.**

Der Minister bittet die Vertreter des Landbundes, dafür zu sorgen, daß die Landwirte nicht durch wucherisches Verhalten zu Ausschreitungen Anlaß geben. **Deutschland könne nur gerettet werden, wenn die Verfassung geschützt werde und das Land von Gewalttaten frei bleibe.** (Beifall bei der Mehrheit.) Damit schließt die Aussprache. Der kommunistische Antrag wird dem Rechtsausschuß überwiesen. Angenommen wird eine Ergänzung zum Reichssiedlungsgesetz, wonach die Frist bei der Bereitstellung von Siedlungsland um weitere zehn Wochen verlängert wird. Abg. Oderwerder (Soz.) begründet einen Antrag, wonach die Wohnungsbaugabe vom 1. Juli 1923 613 1. Januar 1924 45 000 Prozent des Nutzungswertes betragen soll. Dazu kommt der gleiche Zuschlag der Gemeinden. Der Antrag wird angenommen. Ein Antrag aller Parteien, der die Regierung auffordert, der Notlage der Studentenschaft ernste Aufmerksamkeit zu widmen, wird angenommen. Damit ist die Tagesordnung erledigt. Das Haus geht wiederum in die Ferien und ermächtigt den Präsidenten, die nächste Sitzung festzusetzen. Schluß 5½ Uhr.

Opposition der Zeignergarde.

Dresden, 16. August. (Eigene Drahtmeldung.) In einer am Dienstag stattgefundenen gemeinsamen Sitzung der VSPD. für Ostsachsen mit den Vertretern der neuen Unterbezirke Ostsachsen der VSPD. wurde nach eingehender Aussprache eine Entschließung mit 11 gegen 2 Stimmen angenommen, in der es heißt: Bezirksvorstand und Vertreter der Unterbezirksabteilungen der Bezirksorganisationen Ostsachsens sind der Auffassung, daß der Beschluß der Reichstagsfraktion über den Eintritt in die große Koalition in diesen Zeiten der denkbar ungünstigste ist. Sie mißbilligen mit aller Entschiedenheit diese Festlegung der Fraktion und der Partei ohne vorherige Anhörung der Parteigenossenschaften. Die Parteileitung muß unverzüglich den wiederholten Ersuchen stattgeben und baldigst eine Reichskonferenz einberufen.

Verlängerung der Verkehrssperre.

München-Gladbach, 16. August. (Eig. Drahtmeldung.) Wie vom Besatzungsamt in München-Gladbach mitgeteilt wird, ist die Verkehrssperre zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiet bis auf weiteres verlängert worden.

*

Dortmund, 16. August. (Eig. Drahtmeldung.) Bei Hohenlimburg wurde gestern der Eisenbahnbeamte Ernst Brückner beim Ueberschreiten der Ruhr von einem französischen Posten erschossen. Es wird Schmuggel vermutet. Einige Personen, die sich in Begleitung des Brückner befanden, wurden festgenommen. — Die Franzosen verlangen von der Gemeinde Weitmar aus Anlaß der vor 4 Wochen durch Explosion erfolgten Beschädigung ihres Automobilschuppens den Betrag von 500 Franken. — Die Fortschaffung der von der Besatzung bei den einzelnen Möbelhändlern beschlagnahmten Möbel dauert fort. Die Gegenstände sollen nach Düsseldorf geschafft werden. — Die Bergwerksdirektion Recklinghausen wurde von den Franzosen besetzt. Das Gerichtsgefängnis Recklinghausen wurde restlos von den Franzosen beschlagnahmt. Untersuchungsgefangene, bei denen kein Fluchtverdacht vorlag, sowie solche Gefangene, die nur kurze Gefängnisstrafen zu verbüßen hatten, sind auf freien Fuß gesetzt worden.

Todesurteile gegen Stambulinskis Mörder. Im Prozeß gegen die Mörder Stambulinskis wurden vier Mörder zum Tode, zwei zu lebenslänglichem Kerker, die übrigen zu drei bis fünf Jahren Kerker verurteilt.

Poleninterpellation im Reichstag. Die Fraktionen der Regierungsparteien und der bayerischen Volkspartei haben eine Interpellation eingebracht, die sich mit der Vergewaltigung der Deutschen in Polen beschäftigt: Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, damit den deutschen Volksgenossen in Polen der Genuß der ihnen vertragsmäßig zustehenden Rechte gewährleistet wird?

Einundfünfzig Schweine auf dem Transport verendet. Von einem Schweinetransport Holland—Wien sind auf der Bahnstrecke Würzburg—Nürnberg infolge der Hitze 51 Schweine verendet. Wahrscheinlich waren die Tiere zu sehr zusammengepfercht.

Eine folgenschwere Grubenexplosion. In Rennmer (Wyoming) wurden in einem Bergwerk durch eine Kohlenstaubexplosion 135 Bergleute verschüttet. Die Rettungsarbeiten sind im Gange. Bisher konnten 29 Bergleute lebend und 70 Leichen geborgen werden.

Die Bahnhofsmagazine von Brest-Litowsk niedergebrannt. In Brest-Litowsk hat ein großer Brand auf dem Bahnhofe alle Warenmagazine vernichtet. Der Schaden beträgt viele Milliarden.

Erste ohne Saat. Ueber ein seltenes Naturschauspiel wird aus Diedesfeld in der Rheinpfalz berichtet: Ein hiesiger Gutspächter besäte einen vier Morgen großen, mit Hafer bestellten Acker. Der Hafer zeigt große Ueppigkeit, die Halme sind durchweg 1,70 bis 1,75 Meter hoch und nahezu ererteif. Das Seltsamste ist aber die begaubigte Annahme des Eigentümers, daß der Hafer eine zweite Aussaat von der vorjährigen 1922er Haferernte darstellt, also nur ausgefallene Haferkörner, die ohne den Willen des Besitzers infolge feuchten Wetters in den Stoppeln aufgingen, sich dicht bestockten und gut durch den milden Winter kamen. Der Besitzer hat begründete Aussicht, eine volle Ernte ohne Aussaat machen zu können.

„Hans Peter Kromm, der Lebendige"

Eine Geschichte von Ufer zu Ufer

von **Johanna Wolff.**

(14. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Gelaubert und geflickt kam das Schweinslederne zurück. Sogar den alten Deckel hatte der geschickte Buchbinder heil gemacht. Peterle erkannte seinen Fund wieder und war rein außer sich vor Entzücken; als die Blätter sich nun gar leicht auftun ließen, jauchzte er hellauf und war von dem alten Buch nicht wegzubringen.

Und das Mälchen aus der Kellerwirtschaft und der Knabe aus dem Grünwarengeschäft lagen nun beide auf dem Boden, fuhren mit ihren kleinen Fingern über die Bilder und sagten zu Adam: „Mann!" „Täterchen!" Und zu Eva: „Frau!" „Mutti das." Sie fanden ihre ganze Umwelt auf den Blättern wieder und verständigten sich über jedes einzelne. Sie waren den ersten Menschen gleich und gaben in ihrer Sprache allen Dingen Namen. Ein Wundern und Staunen ging durch Meretes Gemüt, wenn sie den Kindern lauschte; welch eine Ausdrucksfähigkeit besaßen sie in ihrem lallenden Gespräch, und wie wußten sie Aehnlichkeiten in der Umgebung herauszufinden.

Dann saß sie nieder zu ihnen und tat ihnen ein Weniges kund von der alten großen Weisheit, die so unvergänglich sich erwiesen hat. Sie redete zu ihnen vom „lieben Gott" und dem wunderlichen Paradiesgarten.

Darüber vergaß sie beinahe Geschäft und Nachbarschaft.

*

Es kommt das Knechtlein Dunnerklaas.

Und Merete fuhr fort, sich um ihren Knaben zu ängstigen. Peterle kränkelte nicht, er hatte nur so ein wunderlich gesetztes Wesen an sich und eine merkwürdig geschlete Art zu denken und zu beobachten. „Sieht er nicht aus, als ob er sich mir zu mir verlaufen hat?" dachte sie öfter; „er gehört eigentlich ganz wo anders hin."

Der Vierjährige „sah", und zwar selbständig und auf eigne Weise. Das merkte die Mutter jeden Tag; in den Eigenheiten der Kunden, die in den Laden kamen, kannte er sich besser aus als seine Mutter. Die schwerhörige Frau mit der Warze an der Lippe und dem schwarzen Tute-Rohr in der Einholetasche war seine Freundin, ebenfalls die Fischfrau, die ihm „Röschen" geschenkt hatte, die kleine Schildkröte. Peterle liebte die alten Weiblein, und was hoch nicht Anziehendes an ihm.

„Heut hatte die Fischfrau einen neuen braunen Rock an", sagte Agnes gelegentlich. „Sind aber gelbe Kugeln drin", rief das Knäbchen. Er hatte recht: es waren gelbe Punkte im Stoff.

Dann wieder schaute das Jüngelchen auf die vorbeiziehenden Spreekähne und beobachtete die Menschen, die darauf ihr Wesen trieben. Mälchen war ein wenig altklug geworden, vom steten Umgang mit den Erwachsenen hatte es mancherlei angenommen, was über seine Jahre hinausging. Damit überfiel es dann den Gespielen, der ihr in reinster Kindlichkeit zuhörte und sich, wenn es ihm zuviel wurde, über sein großmächtiges Buch hermachte. Mälchen kam und aß Peterles Butterbrot auf. Dann schaute der Kleine den leeren Teller an, schaute das Mälchen an und aß das Restchen, das ihm seine Freundin großmütig zuschob, stillschweigend in sich hinein.

„Du mußt dein Butterbrot nicht von Mälchen aufessen lassen", sagte Merete, die den Vorgang beobachtet hatte.

„Sie ist aber so klein, Mutti."

„Du bist nicht viel größer."

„Sie ist aber ganz dünn, Mutti. Und sie hat keine Sonne in ihrer Stube." Dabei spazierte er auf den Lichtkringeln umher, die durchs Schaufenster über den Ladenboden fielen.

An der Mutter hing er mit Leidenschaft. Als Merete eines Tages einen kleinen Wortwechsel mit einem Großhändler zu bestehn hatte, kam das Bülchen mit einem Tischmesser bewaffnet hereingelaufen: „Ich steche dich tot, Mann! Ich steche dich tot!" rief der kleine Knirps und ging dem Fremden zu Leibe ohne Furcht vor dem großen Knotenstock, den dieser ihm entgegenhielt.

Auch die Straße gewann Einfluß auf das wachsende Kind. Immer konnte man ihn doch nicht einsperren! Jedesmal nun, wenn der kleine Mann vom Spielen hereinkam, brachte er ein Erlebnis mit: „Du, Mutti, Radiers haben einen andern lieben Gott als wir; ihr Vater hat einen auf dem Jahrmarkt gekauft, und sie können ihn an die Wand hängen." Und Peterle bat um einen „lieben Gott", den er auch an die Wand hängen könnte — „dann wissen wir doch, daß wir ihn haben", fügte er nachdenklich hinzu.

Ein andermal schaute er prüfend und fascheud die Mutter an: „Gollschen-Fritz hat jetzt eine andere Mammi bekommen, die ist noch ganz neu, die vorige haben sie weggetan, Gollschen Vater sagt, die ist alt und taugt nichts mehr — — du bist aber noch ganz neu, Mutti, dich will ich behalten." Und zärtlich umklammerte er die schlanke Frau, als fäme Gollschen Vater, sie „wegzutun".

Merete las ihm die Geschichte des Jünglings zu Nain vor, wie Jesus zu dem Toten sagte: „Jüngling, ich sage dir, stehe auf!" Peterle, der eben einen toten Soldaten in der leeren Kartonne gefunden, beschäftigte sich lange und heimlich mit dem Leblosen und kam dann zur Mutter: „Ich hab immerfort zu ihm gesagt: „Vöglein, ich sage dir, stehe auf, — doch er steht nicht auf und fliegen tut er auch nicht — —"

Nie hätte Merete gedacht, daß ein Kind einem Erwachsenen so viel zu denken gäbe, daß ein Kind so richtig zu folgern vermöchte und daß ein Kind Wahres vom Unwahren und Echtes vom Unechten zu unterscheiden verstände. Sie mußte stets auf der Hut sein vor ihrem kleinen Jungen. Mären nur seine Augen nicht so groß und so wunderbar leuchtend gewesen — —

Noch in keinem Jahr hatte es auf dem Höfchen so schlimm gerochen, und noch in keinem Jahr hatte die junge Geschäftsinhaberin so gut verdient! Wieder einmal war ausgiebiger Regen niedergegangen, die Gossen am Hause schwollen über und die kleinen Straßenstege wurden beinahe weggerissen; und wieder wateten die Kinder in dem wärmlichen Wasser, wo sie Brettchen, Papier- und Korkenschiffchen schwimmen ließen. Peterle stand vor der Tür und sah dem Treiben zu. Er hätte gern eine Brücke gebaut mit dem Holz, das Mutter im Verschlag hatte, und er dachte eben nach, wie sich das bewerkstelligen ließe, da kam eine wunderliche Gestalt um die Ecke, blieb vor dem Gemüseladen stehen und buchstabierte an dem Schild herum.

Da war etwas in der Erscheinung des fremden kleinen Mannes, das die Aufmerksamkeit des Bülchens sofort in Anspruch nahm. Die Brücke war vergessen, Peterle betrachtete hingegeben diesen Unbekannten; der trug einen Ranzen auf dem breiten Rücken und mußte weit hergekommen sein, denn er sah über und über verregnet aus. Der junge Beobachter machte sich näher und näher an ihn heran. Augenscheinlich, der Fremde suchte etwas!

„Willst du zu uns?" fragte endlich der Bub und schaute erwartungsvoll auf den Ranzenmann. Da fuhr ein Gesicht herum mit ein Paar scharfen, klugen Augen; ein Kopf, der merkwürdig tief zwischen den Schultern steckte, kam heraus und längte sich auf saftigem Hals gegen das staunende Kind. Dann griff der Fremde hinter sich in die Rocktasche und wickelte aus einem großen bunten Taschentuch ein Bilchen heraus:

„Kennst du das?" fragte eine knurrende Stimme.

„Das bin ja ich," sagte Peterle, „Mutter hat auch so eins, komm nur herein, dann kannst du es besehn." Und er nahm des Männlein bei der Hand. So traten sie beide in die Ladentüre, standen da und sahen Frau Merete an, die Aepfel aufsortierte.

Sie stieß einen lauten Schrei aus: „Dunnerklaas!" Und nochmal: „Dunnerklaas!" Wie eine plötzliche Erleuchtung war dieser Name wieder in ihr Gedächtnis hineingefahren, und alles, alles stand vor ihr, die ganze Sonnenmühle und was damit zusammenhing. Sie mußte sich schnell hinsetzen, so bebten ihr die Knie.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19230816011/fragment/page=0002